

sche Probleme der Neugründer, die schwierigen, meist verlustreichen Anlaufphasen und eine Fremdfinanzierung des Wachstums sowie fehlende stille Reserven. Hinzu kommen „Alltagsprobleme“ wie rückläufige Umsätze, Forderungsausfälle und schlechte Zahlungsmoral der Kunden, die zu Liquiditätsproblemen führen. Diese Liquiditätsprobleme führen zu Zusammenbrüchen. Ich habe wenige Unternehmen gesehen, die durch Überschuldung zusammengebrochen sind. Die meisten sind durch Zahlungsunfähigkeit in Gesamtvollstreckung geraten.

Schlußfolgerungen aus wirtschaftspolitischer Sicht: Wir haben massiv die Investitionstätigkeit finanziert, allein aus ERP-Mitteln über 50 Mill. DM in nur fünf Jahren. Die Produktionskapazität ist möglicherweise im Augenblick schon etwas zu groß. Die Schwierigkeiten liegen im Liquiditätsbereich und der Unternehmer fragt sich: Wie kann ich meine Umsätze finanzieren, wie kann ich den Forderungsbestand ausgleichen und auch die schleppenden Zahlungseingänge der Kunden sind Probleme. Deshalb haben wir versucht, durch eine ergänzende Liquiditätskomponente, die Investitionsfinanzierung zu ergänzen.

Es ist wichtig, daß wir die Banken, die in Deutschland ein sehr konservatives Sicherungsdanken haben, sicherungsmäßig entlasten können, d. h. das Risiko ist auf mehrere Stellen zu verteilen.

Erforderlich ist in erster Linie, so wie es Herr Eppelmann in seinen Eingangsworten gesagt hat, Förderung von Existenzgründungen, Festigung von Unternehmen, Modernisierung der vorhandenen Unternehmen, Entwicklung neuer Produkte und Verfahren zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sowie Beratungs-, Informations- und Schulungsmaßnahmen.

Wichtig ist auch die Stärkung der Eigenkapitalbasis. Sie wissen, daß wir die Eigenkapitalhilfe jetzt in die ERP-Finanzierung übernommen haben. Damit ist sie von kürzungsbedrohten Bestrebungen des Haushalts etwas entlastet, und wir können zum ersten Mal dieses sehr wichtige Instrument auf eine dauerhafte Basis stellen.

Liquiditätshilfen zur Überbrückung von kurzfristigen Zahlungseingängen und dann natürlich die Absicherung von Fremdkapital durch öffentliche Bürgschaften über die Bürgschaftsbanken oder Haftungsfreistellung stehen im Zentrum der Förderung. Mit einem neuen Risikokapitalprogramm der KfW wird ferner Beteiligungsgesellschaften in Ost und West eine zusätzliche Risikoabsicherung angeboten, um so den Beteiligungsmarkt weiter zu stärken. All das sind wesentliche Eckpfeiler für die Bereitstellung von mehr Beteiligungs- und Risikokapital.

Vielleicht noch kurz zur Rolle der Banken: Die Rolle und Aufgabe der Hausbanken bestehen darin, die Unternehmen in kritischer Partnerschaft finanziell zu begleiten. Dazu muß allerdings der Unternehmer die Banken von seinem Konzept überzeugen. Ich weiß, es gibt Kritik am Bankenverhalten und es ist sicher auch nicht alles richtig gelaufen. Im Grunde genommen kommt kein Unternehmen um eine Hausbank herum. Die Unternehmen brauchen die Ban-

ken, die sie begleiten, nicht nur in der Startphase, sondern auch in der Wachstumsphase und auch in kritischen Phasen, wie Frau Lotzmann richtig bemerkte.

Die Hausbanken sind unverzichtbar. Kritische Fragen zum Unternehmenskonzept, zur Umsatz- und Ertragsersparung sind nicht immer angenehm. Kreditablehnungen sind oft schwer zu akzeptieren. Das führt zu der Forderung, die Förderkreditentscheidung nicht länger bei den Hausbanken zu belassen, sondern auf eine „neutrale“ Institution zu verlagern. Dieser Vorschlag ist mehrfach, auch mit veränderten Prämissen, geprüft worden. Jedesmal hat sich aber gezeigt, daß der Durchleitungsweg für Förderkredite über Hausbanken zwar Schwächen hat, es jedoch keine realistische Alternative dazu gibt.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Herzlichen Dank, Herr Pöpping, auch für Ihre Disziplin bei der Einhaltung der Zeit.

Ich darf jetzt Herrn Oehler vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg bitten, das Wort zu nehmen.

MDg Reinhardt Oehler: Es ist sehr schön, wenn ein Wirtschaftsministerium auch die Bezeichnung Mittelstand in seinem Namen führt. Das sollte ja immer ein Signal sein. Allerdings wird man sich dann auch die Frage stellen müssen, ob denn die übrigen Bezeichnungen eigentlich noch gerechtfertigt sind, denn in Brandenburg haben wir vielleicht noch ein Dutzend Unternehmen, die mehr als 500 Beschäftigte haben, also oberhalb der Grenze liegen, die die EU für den Mittelstand vorschreibt. Im Grunde sind alle eigentlich mittelständische Unternehmen.

Zweite Bemerkung: Ich habe glücklicherweise zu dem, was Dr. Wagner und Herr Pöpping vorgetragen haben, relativ wenig hinzuzufügen. Die Analyse der Situation deckt sich im Grunde auch mit einer Analyse aus brandenburgischer Sicht oder aus der Sicht eines Landeswirtschaftsministeriums.

Ich will einige Bemerkungen noch kurz unterstreichen. Es scheint auch mir wichtig zu sein, was Dr. Wagner gesagt hat, daß wir vielleicht von dem unbedingten Glauben an die absolute Wichtigkeit von Investitionsförderung ein wenig Abstand nehmen sollten. Die Bestandspflege und die Erhaltung der Unternehmen, die bislang überlebt haben, scheint mir sehr wichtig zu sein. Da ist das Instrument zur Investitionsförderung, nämlich die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA), vielleicht nicht unbedingt das wichtigste Instrument.

Wir haben leider in Brandenburg, wie sicher auch in den anderen ostdeutschen Ländern, zu wenig finanzielle Mittel, um die Bestandspflege von Unternehmen sicher zu stellen. Bestandspflege ist in erster Linie – aus meiner Sicht – Managementbegleitung, betriebswirtschaftliche Begleitung von Unternehmen, und hier kommen wir in ein haushaltsrechtliches Problem. All diese schönen Programme, über die wir gesprochen haben und die notwendig sind, wie Messerförderung, Beratungsförderung, Absatzförderung, Markterschließungsförde-